Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 446 — Jahrgang 214

Bezugspreis: monatlich Mk. 7.— ohne Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Donnerstag, 29. September

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 70 ₰. Die 5gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 8.00 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Aufhebung der wirtschaftlichen „Sanktionen" am Rhein

w. Paris, 28. September. (Sonderdepesche.) Ministerpräsident Briand hat als Vorsitzender des Obersten Rates dem deutschen Botschafter Dr. Mayer heute mittag eine Note überreichen lassen, in der mitgeteilt wird, daß die wirtschaftlichen Sanktionen mit Wirkung vom 30. September aufgehoben werden.

Deutscher Industrie- und Handelstag

Industrie und Reparationen

München, 28. September.

Mit größter Spannung sieht man nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt der dritten Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie entgegen. Es handelt sich darum, daß die berufensten Vertreter des industriellen Wirtschaftslebens in München zu Worte kommen sollen, und zwar in Fragen, die das Wirtschaftsleben bewegen und interessieren, nämlich die internationale Wirtschaftslage und ihre Beziehungen zu Deutschland, Wiederaufbau und Sachleistungen, Wiederaufbau und Steuerpolitik, Wiederaufbau der industriellen Unternehmungen und Organisation der Industrie. Schon die Nennung dieser wichtigen Punkte zeigt, von welcher weittragenden Bedeutung die Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie in München ist. Die Beratungen begannen am Mittwoch im Saal des Deutschen Theaters. Reichsregierung, die Regierungen der Einzelländer sowie Staatsbehörden hatten ihre offiziellen Vertreter entsandt. Reichstagsabgeordneter Dr. Sorge eröffnete als Präsident des Reichsverbandes der deutschen Industrie die Tagung mit einer herzlichen Begrüßungsansprache, in der er u. a. auf die ernste Lage des Deutschen Reiches hinwies und des Unglücks von Oppau gedachte. Er bekundete den Opferwillen der deutschen Industrie, nach Kräften an der Linderung der Not der Hinterbliebenen mitzuwirken. Die Versammlung erhob sich zu Ehren der Opfer von Oppau von den Plätzen. Dr. Sorge begrüßte alsdann die Vertreter der Reichsbehörden, der bayerischen und preußischen Behörden sowie die Vertreter befreundeter Verbände. Er hob hervor, daß gerade unter dem Druck der außerordentlich schwierigen Lage der gesamten Industrie beim Innen- wie Auslandsmarkte die Ueberzeugung von der **Notwendigkeit des Zusammenschlusses in einer einheitlichen Spitzenorganisation** bestehen müsse. Hinsichtlich der Frage der Reparation und der Erfüllung des Ultimatums vertrat er den Standpunkt, daß man sich auf den Boden der realen Tatsachen stellen und versuchen müsse, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, **trotz der wohl bei allen bestehenden Ueberzeugung, daß die auferlegten Lasten nicht getragen werden könnten.** Von dieser Auffassung ausgehend, will der Reichsverband nicht nur beraten, sondern auch positiv mitarbeiten. Eine durchgreifende Finanzreform muß sich vor allem auf die Ausgabenwirtschaft des Reiches erstrecken. Ihre Durchführung ist Vorbedingung für die Aufrechterhaltung bzw. Steigerung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Neben Geldleistungen werden auch Sachleistungen in hohem Maße in Frage kommen. Von entscheidender Bedeutung hierüber wird der Ausgang der Verhandlungen zwischen dem deutschen und französischen Außenministerium sein. Der Redner ging noch kurz auf das Problem der Schuldfrage ein und betonte, es sei zwecklos, diese Frage zu diskutieren, weil die Fabel von der alleinigen Schuld Deutschlands nur als eine wider besseres Wissen aus politisch-taktischen Gründen von den Feinden verbreitete Auffassung anzusehen sei. Dr. Sorge sprach für die Reichsregierung **die Bereitwilligkeit zur positiven Mitarbeit** in allen Fragen aus, die den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft fördern. Der Begrüßungsrede des Vorsitzenden folgten dann Ansprachen der Vertreter der einzelnen Regierungen und Behörden.

Der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld begrüßte namens der bayerischen Staatsregierung die Vertreter des Reiches und der preußischen Regierung und gab seiner Bewunderung und Anerkennung für die Schaffenskraft der deutschen Industrie Ausdruck und wünschte der Tagung besten Verlauf. Bürgermeister Dr. Küfner entbot den Willkommensgruß der Stadt München und entwarf ein kurzes Bild der Entwicklung der deutschen Industrie.

Reichsminister Dr. Rathenau dankte namens der Reichsregierung für die Einladung und Begrüßung und übermittelte die herzlichsten Wünsche der Reichsregierung zu der Tagung. Redner ging sogleich zu seinem Vortrag über den Wiederaufbau und die Sachleistungen über. Er führte u. a. aus: Unter dem Drange der wachsenden Bevölkerung Deutschlands stehe das Problem der Förderung der deutschen Industrie im Vordergrunde aller wirtschaftlichen Fragen. Durch den Weltkrieg wurde die deutsche Industrie gewaltig erschüttert, allein sie hat sich gar bald wieder aufgerafft und arbeitet mit Macht daran, ihre alte Stellung wieder einzunehmen. Dazu ist aber eine weitschauende Außenpolitik notwendig. Die deutsche Industriewelt hat sich in dankenswerter Weise bereit erklärt, mit allen Mitteln mitzuarbeiten an der Wiedergesundung unseres Vaterlandes. Zurzeit schweben, wie bekannt, **Verhandlungen über die Umbildung der Regierungen im Reiche und in Preußen.** Hoffen wir alle, daß die geeigneten Männer an die entsprechenden Stellen berufen werden, um das Reichsschiff glücklich durch alle Klippen hindurchzulotsen. Wenn auch in letzter Zeit vorübergehende Mißverständnisse zwischen der Reichsregierung und Bayern aufgetaucht sind, so darf das keineswegs Anlaß geben für Unberufene, einen Keil zwischen Reich und Einzelländer treiben zu wollen. Gerade im jetzigen Augenblick bedürfen wir mehr denn je der Einigkeit und Geschlossenheit, besonders gegenüber dem Auslande. Die Mißverständnisse waren nur auf äußere Gegensätze in Wort und Ton zwischen Nord und Süd zurückzuführen und gingen weder in Berlin noch in München in die Tiefe. Die Einzelländer ihrer Sonderrechte zu berauben, hat niemand beabsichtigt. Der Legende, als habe er, Redner, sich dahin geäußert, Deutschland könnte zahlen, wenn wir nur wollten, trat Dr. Rathenau energisch entgegen. Seine Worte seien ihm im Munde herumgedreht worden. (?) Gewisse Grenzen für unsere Zahlungsfähigkeit könnten nicht geleugnet werden. Bis zu einem gewissen Punkte der Reparation und Restauration der Weltwirtschaft werden wir gehen müssen und können wir gehen. Dieses „können" wird von unseren Gegnern aber fälschlicherweise als „wir wollen nicht" ausgelegt.

Rücktritt des Münchener Polizeipräsidenten

München, 28. September.

Der Münchener Polizeipräsident Poehner erläßt heute folgende Erklärung:

„Die bayerische Regierung hat dem Verlangen der Reichsregierung nachgebend in die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes eingewilligt. Der Verfassungsausschuß des Landtages hat gestern abend seine Zustimmung erteilt. Damit ist erschwert das Verbot von Straßenkundgebungen und von Versammlungen unter freiem Himmel, Verzicht geleistet auf Schutzhaft, Ausweisung und Aufenthaltsbeschränkung sicherheitsgefährlicher Elemente, insbesondere landfremder Agitatoren, wie sie uns seinerzeit die Räterepublik beschert hat. Der Reichsausnahmezustand steht diese Schutzmaßnahme nicht oder nur unter gewissen Bedingungen vor. Die Verhältnisse hätten es noch nicht gestattet, die bewährten Bestimmungen des bayerischen Rechtes preiszugeben, um so weniger, als die schwersten Erschütterungen des wirtschaftlichen und politischen Lebens für die nächsten Monate bevorstehen.

Unter diesen Umständen, schließt die Erklärung ab, sehe ich mich außerstande, die Verantwortung für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung weiterhin zu übernehmen. Ich habe daher heute um Enthebung von meinem Amte gebeten."

Das Gesetz zum Schutz der Republik

Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zum Schutz der Republik zugegangen. Dieser Entwurf dürfte, wie nach der Beratung des Aeltesten-Ausschusses des Reichstages, der in der heutigen Mittagsstunde zusammengetreten war, anzunehmen ist, am Freitag mit zur Debatte gestellt werden.

*

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, die unter Bezugnahme auf Artikel 48 der Reichsverfassung erlassene Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August d. J. sofort außer Kraft zu setzen. In der großen politischen Aussprache, die am Freitag beginnen wird, wird der Redner der Deutschnationalen Fraktion gleich am Eingang der Debatte Gelegenheit nehmen, den Antrag eingehend zu begründen.

In einer Reihe kleiner Anfragen nimmt die Fraktion Stellung gegen die Bedrohungen und Gewalttaten, denen rechtsstehende Kreise in letzter Zeit ausgesetzt waren.

Abg. Hergt über den neuen Block

In einer stark besuchten Versammlung in Annaberg in Sachsen sprach am 25. September der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei Abg. Hergt über die politische Lage. Der Redner führte folgendes aus:

Die letzten Wochen brachten uns eine innerpolitische Sensation nach der anderen. An den Erzbergermord knüpfte sich eine verfassungs- und rechtswidrige Verfolgung und Vergewaltigung der nationalen Rechten durch eine Einheitsfront, die unter der Führung der Reichsregierung aller Parteien von der Mitte bis in das linksradikale Lager hinein (bei Neutralität der Deutschen Volkspartei) zusammenfaßte. Andererseits schien der Beschluß des Görlitzer Parteitages zur Bereitschaft für eine Koalitionspolitik der großen Mitte, mit Einschluß der Deutschen Volkspartei, die Wirkung dieser Aktion gegen rechts aufzuheben; denn die Drahtzieher dieses sensationellen Umfalles gefallen sich in der Rolle, unserem Volke den inneren Frieden zu bringen. Aber für die Deutschnationalen besteht kein Grund, jetzt einen dicken Strich unter das ihnen zugefügte schwere Unrecht zu ziehen; sie werden Genugtuung, Bestrafung für erlittene Vergewaltigung und Garantien für die Zukunft fordern. Und die gegenwärtige Regierung selbst ist nicht geneigt, ihre Methode gegen Rechts zu ändern. Die Hetze geht weiter. Man rechnet mit Wiederholung der Akte einer entfesselten Leidenschaft. Man schürt weiter, neuerdings durch die Enthüllung im Badener Landtag von einem Geheimbund, ohne nur den geringsten Nachweis seines Zusammenhanges mit den Deutschnationalen zu bringen oder abzuwarten. Die Vorwürfe und Anklagen gegen die Rechte sind alle in sich zusammengefallen, die in Verbindung mit der Tat in Griesbach erhoben worden sind. Mit der Ehrhardt-Brigade steht die Partei in keinem Zusammenhang. Keiner von den Münchener Verhafteten gehört ihr an. Ebensowenig die beiden angeblichen Täter, deren einer vielmehr dem Zentrum nahe zu stehen scheint. Er, Abg. Hergt, habe sich im Ueberwachungsausschuß bereit erklärt, eidlich zu erhärten, was ihm und der Partei bekannt ist. Aber sein Angebot ist lachend und spöttisch abgewiesen worden. Wenn der Kanzler von einer Vergiftung der politischen Atmosphäre durch die Deutschnationalen redete, so trifft dieser Vorwurf viel sicherer die linke Seite. Das geforderte Beweismaterial ist nicht beigebracht worden. Wir sind dagegen recht wohl in der Lage, nachzuweisen, daß auf sozialistischer Seite politische Morde von jeher ihre Verteidigung oder gar Verherrlichung gefunden haben. Wenn bei den Demonstrationen gegen den Erzbergermord sogar die Kommunisten mit dem Sowjetstern sich beteiligten, so kennzeichnet sich diese Aktion von selbst. Wenn Dr. Wirth von demagogischer Verhetzung und Agitation der Deutschnationalen geredet hat, so ist es ihm doch nicht gelungen, das angeblich zentnerschwere Beweismaterial dafür beizubringen. Es gibt rechts von der Deutschnationalen Partei noch verschiedene Gruppen, auf deren Seite wohl Ausschreitungen und Entgleisungen vorgekommen sein mögen, aber sie soll man unserer Partei nicht an die Rockschöße hängen. Der Rat des Kanzlers, unseren Vorkämpfer Dr. Helfferich nicht allzu stark herauszustellen, mag wohl im Interesse Wirths und seiner Gefolgschaft liegen, aber wir verbitten ihn uns. Helfferichs Kampf galt und gilt nicht einer Person, sondern dem ganzen System, das die weitesten Kreise unseres Volkes als korrupt verurteilt haben. Gegen Entgleisungen auf der rechten Seite zu eifern, steht denjenigen schlecht an, die Grund genug hätten, vor der eigenen Tür zu kehren. Man vergleiche die Reden von München und Görlitz. Warum schreitet die Regierung nicht gegen den brutalen Ton eines Müller, Braun und Wels ein?

Eine Opposition im parlamentarischen System ist notwendig und selbstverständlich. Unsere nationale Opposition beweist, daß weiteste Kreise die auswärtige Politik nicht gutheißen. Freunde der Verfassung würden wir erst dann werden, wenn wir so regiert würden, daß Liebe und Achtung gegen die Verfassung von selbst erwüchse. Das Verbot der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109291-17/fragment/page=0001

nationalen Feiern ist entstanden aus der Furcht vor der wachsenden nationalen Bewegung in unserem Volk, das sich nach den alten bewährten Idealen deutschen Volkstums sehnt. Diese Bewegung müßte doch die Regierung, anstatt zu unterdrücken, selber benutzen als Kraftquelle zur Rettung Deutschlands. Sie ist keine Parteisache, sondern das Zeugnis eines nationalen Gemeinschaftsgefühls in allen Schichten. Das aber gerade wollte man nicht groß werden lassen. Daher die berühmte Verordnung des Reichspräsidenten im Anschluß an den Erzbergermord, den man nur zu gern als Parteigeschäft ausschlachtet; sie sollte die gesamte nationale Rechte durch Gewalt mundtot machen, sie ist und bleibt ein verfassungs- und rechtswidriges Ausnahmegesetz. Zugleich damit war eine Aktion der Gewerkschaften geplant, deren Einheit aber durch die Ablehnung der christlichen Gewerkschaften zertrümmert wurde. Dennoch setzte sich Dr. Wirth mit seiner ganzen Person für die Verordnung ein, aber nicht als Staatsmann und Kanzler, sondern als Parteifanatiker. Und damit hat er ungeheuer geschadet, nicht den Deutschnationalen, sondern der Regierung und sich selbst. Sie haben beide wesentlich an Ansehen verloren. In der Forderung auf Beseitigung dieser Verordnung sind die Deutschnationalen allein geblieben, leider auch ohne Mithilfe der Deutschen Volkspartei, die sich mit einer Interpellation begnügt. Sie hätte an unsere Seite gehört, denn der Kampf gilt der gesamten nationalen Rechten. In den verschiedenen Rückzügen der Regierung, Zurücknahme einiger Zeitungsverbote, Ungültigkeitserklärung eines Teiles der Verordnung, Verhandlungen mit Bayern u. a. liegt das Zugeständnis von erlittenen schweren Schlappen der Regierung. Eine solche kann keinen Beistand haben; das System ihrer Radikalisierung mußte zusammenbrechen.

Nun soll die Rettung durch die in Görlitz inaugurierte Politik der großen Mitte kommen. Die Sozialdemokratie bekam Angst vor der eigenen Courage und sucht den Zusammenbruch zu verschleiern. Das vielbesprochene, an sich hochbedeutsame, aber jetzt noch völlig unklare Industrieangebot mußte als Köder dienen. So folgte die Lösung durch den Gedanken einer neuen, verbreiterten Koalition. Wenn sie unsere Lage bessern könnte, würden wir sie, auch ohne direkte Beteiligung, mitmachen, aber sie bringt nur noch größeren Schaden. Mit Bedauern sehen wir die Deutsche Volkspartei von uns sich entfernen. Welche bis jetzt ausgeschalteten Kräfte stehen hinter den beiden Rechtsparteien! In München ist die Parole ausgegeben worden: Arbeitsgemeinschaft der gesamten Rechten! Sie wird und muß kommen, wenn das bisherige System zusammenbricht infolge der Unmöglichkeit der Erfüllung des Ultimatums. Dann hat sich die Zeit erfüllt. Die Regierung der großen nationalen Rechten wird eine solche der sozialen Gerechtigkeit sein. Ihre Losung heißt: Selbständigkeit gegenüber dem Ausland, Aufräumung des Marxismus, Schutz dem selbständigen, produktiven Besitz! Der Ordnungsstaat wird kommen, auch ohne Bürgerkrieg. Ein solcher kommt nie ohne Ursachen. Wer nur immer ihn fürchtet, gibt seine Sache schon im voraus verloren. Eine Regierung der Gerechtigkeit braucht diese Furcht nicht zu haben, denn unser ganzes Volk verlangt nach Ordnung, Recht und Gerechtigkeit. — Zur letzten Rettung Deutschlands bedarf es eines riesengroßen Opfers aller schaffenden Stände. Aber es muß die letzte Losung sein, nicht bloß ein Verlegenheitsmittel, um der Regierung für die nächsten Monate über den Berg zu helfen. Die letzten Kräfte dürfen nicht unnütz verschleudert werden. Nicht Augenblicksrezepte helfen, sondern gründliche Erneuerung des Volkes aus sich selbst heraus. Sie ist das Ziel ernstester, positiver deutschnationaler Arbeit. Diese ist nicht auf die nächsten Tagesereignisse orientiert, sondern auf lange Sicht. Hoffnung gewährt der Blick auf das junge Deutschland, das die Früchte der jetzigen nationalen Arbeit ernten wird. Pflicht jedes Deutschen ist, sich auf sein deutsches Volkstum und die daraus wachsenden Pflichten zu besinnen. „Deutschland, dir blieb die Zukunft, weil du an sie geglaubt."

Die Polizeinote der Entente

Berlin, 28. September.

Heute mittag fand im preußischen Ministerium des Innern eine Besprechung zwischen dem Ministerialdirektor Abegg und den Organisationsvertretern der Polizeibeamten über die neue Note der Entente betreffend die Entmilitarisierung der Schutzpolizei, statt. In den Kreisen der Polizeibeamten herrscht über die neue Note eine gewisse Beunruhigung, da man befürchtet, daß, falls den Forderungen der Entente nicht entsprochen wird, die gesamte Organisation der preußischen Polizei eines Tages aufgelöst werden könnte. Vermutlich dürften die Organisationen der Beamten vom Ministerium gleichzeitig die Erfüllung einiger von den Beamten seit längerer Zeit gestellten Forderungen verlangen.

Ein neues Versammlungsverbot

W. T. B. meldet: Der Polizeipräsident von Berlin hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 die für den 2. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Sportpalast, Potsdamer Straße 72, geplante „Heerschau schwarz-weiß-rot" verboten. Die Veranstalter der geplanten Heerschau gehören den gleichen Kreisen an wie die Veranstalter des sogenannten Frontkämpfertages. Auf der „Heerschau" sollte eine Stiftung der deutschen Ehren-Denkmünze des Weltkrieges durch den Ordensrat des Verbandes nationalgesinnter Soldaten" sowie eine „Weihe der schwarz-roten Kampffahne des Deutschen Herold" stattfinden.

Das Garantiekomitee in Berlin

Am Montag fand die erste Besprechung zwischen dem Garantiekomitee und den Vertretern der deutschen Regierung statt. Von deutscher Seite waren unter Führung von Staatssekretär Schröder die Staatssekretäre Hirsch und Zapf, Gesandter v. Mutius, sowie weitere Vertreter der einzelnen Ressorts anwesend. Das Garantiekomitee war durch seinen Präsidenten Mauclère (für Frankreich), den Vizepräsidenten Bemelmans (für Belgien) sowie Leith-Ross (für England) und Graziadei (für Italien) vertreten. In der Sitzung wurde die Tagesordnung für die kommenden Besprechungen festgesetzt. In den für die folgenden Tage anberaumten Sitzungen werden von deutscher Seite die vom Garantiekomitee gewünschten Aufklärungen gegeben werden.

Die französische Boykottnote

Die bereits Mitte d. M. eingetroffene französische Boykottnote wird jetzt endlich wenigstens dem Inhalt nach bekanntgegeben. Die Note macht auf die Boykottbewegung in Deutschland gegen französische Waren aufmerksam und behauptet, daß die Initiative vom deutschen Leinwandhandel im Februar und März d. J. ausgegangen sei. Es hätten sich dann allmählich der Weinhandel, der Kaffeehandel, der Hansabund, die Hamburger Handelskammer, Persönlichkeiten der Hamburger Finanz und Reederei angeschlossen. Schließlich hätten sich angeschlossen der Verband des deutschen Großhandels, der Hotelier- und Gastwirtsverband und andere große Vereinigungen. Unterstützt sei die Bewegung ferner durch eine Anzahl Fachzeitschriften und politischer Tageszeitungen.

Weiter wird auf die Propaganda und Flugblätter hingewiesen. Es bestehe der Verdacht, daß die ganze Bewegung von einem Komitee planmäßig geleitet werde. Dazu komme, daß einzelne Regierungsstellen die Bewegung begünstigt hätten. Die deutsche Regierung müsse ein Interesse daran haben, der Bewegung entgegenzutreten, weil der Absatz deutscher Waren in Frankreich nicht möglich sei, wenn französische Waren in Deutschland abgelehnt werden.

Die französische Note verlangt schließlich, daß die deutsche Regierung ihren ganzen Einfluß gegen die Bewegung aufbiete und Flugschriften und Aufrufe zum Boykott französischer Waren unterdrücke.

Die Note ist vom Auswärtigen Amt den Wirtschaftsressorts zugeleitet worden, damit von dort aus das gesamte Material sachlich geprüft werden kann.

Deutschlands Entwaffnung beendet

Das Reutersche Bureau erfährt, daß den letzten in maßgebenden britischen Kreisen eingegangenen Berichten zufolge die Interalliierte Kontrollkommission ihre Aufgabe der Entgegennahme zur Zerstörung der von Deutschland ausgelieferten Waffen so gut wie beendet hat, und sich jetzt mit der Kontrolle der verschiedenen Polizeitruppen befaßt. Bis Mitte September seien nur noch 102 Geschütze zur Vernichtung übrig geblieben, nachdem 3280 Geschütze bereits zerstört worden seien. Es müsse noch 1 Million Tonnen geladener Granaten zerstört werden, 34 Millionen Tonnen seien bereits vernichtet worden. Es seien nur noch 186 Grabenmörser vorhanden, während 110 840 (?) bereits zerstört worden seien. 2862 Maschinengewehre seien noch unversehrt, ausgeliefert und zerstört seien 4 160 000. An Munition für kleine Waffen seien zerstört 355 Millionen Patronen, 90 Millionen seien noch vorhanden. Reuter erklärt, die Kontrollkommission sei von den Fortschritten der Auslieferung und Zerstörung der deutschen Waffen vollkommen befriedigt. In amtlichen Kreisen werde erklärt, daß nicht die geringste Befürchtung wegen irgend einer Möglichkeit herrsche, daß Deutschland in der Lage sein könnte, ein Heer zu organisieren und auszurüsten, das groß genug wäre, um irgend eine Gefahr für die Alliierten zu bedeuten. Männer seien natürlich reichlich vorhanden, es fehle jedoch an allen nötigen Waffen und an Ausrüstung.

Terror und kein Ende

Träger und Führer des roten Terrors sind die Beamten und Funktionäre der sozialdemokratischen Parteien, sie bilden als Angestellte des Staates im Staate die Nebenregierung, der sich die Verwaltungsbeamten zu beugen haben, falls sie nicht selbst Genossen von altersher oder Revolutionsgenossen sind, die nur um so williger auf den Pfiff ihrer Herren hören oder sogar nach der Ehre geigen, mitzudemonstrieren und mitzuhetzen. So war z. B. in Weimar das Gemeinderatsmitglied Friedrich der Sprecher der Demonstranten vom 31. August. Selbstverständlich forderte er zur „Tat" auf, nach ihm sprach auch der Minister v. Brandenstein einige Worte und brachte ein Hoch auf die Republik aus; daß nach ihm der Führer der Erwerbslosen verlangte, für jeden Mord an einem Anhänger der Republik müßten 20 Rechtsstehende an die Wand gestellt werden, gilt nur den passenden Rahmen zum zeitgemäßen Gemälde. In Lauenburg (Pommern) hielt am 8. September der Stadtrat Gegner aus Stolp die Brandrede, in der er u. a. den Demonstranten folgende Ratschläge gab: „Wenn ihr Kartoffeln braucht, so mißt ihr, wo ihr sie zu holen habt!" . . . „Ihr dürft vor dem Aeußersten nicht zurückschrecken, wozu habt ihr eure Fäuste!" . . . „Sämtliche nationalen Feste sollen gestört, Orden- Ehren- und Vereinszeichen sollen abgerissen werden, selbst den Frauen!" In Celle (Hannover) war, um nur noch ein Beispiel anzuführen, der Senator Schädlich der Redner und Reuter der Republik.

Ob diese und die zahllosen anderen Demonstrationsredner sich auch wirklich Rechenschaft darüber abgelegt haben, was sie mit ihren Uebertreibungen, mit ihrem Hetzen und Aufreizen anrichten müssen, möchten wir bezweifeln. Sie bluffen eben nicht, dieses Zeugnis würde ihnen der Vorsitzende der Mehrheitssozialdemokratie Abg. Wels sicherlich gern ausstellen. Sie säen Wind und ernten Sturm. Das beweisen die Ausschreitungen unmittelbar nach ihren Reden. So haben in Pyritz (Pommern) die Demonstranten nach der Rede des „Arbeiterführers" Schmidt aus Stargard das Stiftungsfest des um die soziale Fürsorge so sehr verdienten Vaterländischen Frauenvereins gestört und Teilnehmer belästigt, in Lüneburg haben sie am 31. August das Fuhrwerk eines Gutsbesitzers überfallen und den erkrankten Schriftleiter des „Lüneburger Tageblatts" zu mißhandeln versucht, in Hameln holten sie am gleichen Tage die schwarz-weiß-rote Fahne von einem Restaurant herunter und nötigten den Sohn des Gastwirts die Fahne so lange zu tragen, bis sie sie auf dem Markte verbrannten. Bekanntlich wurden dort bei weiteren Ausschreitungen vier Hauptbeteiligte hinter Schloß und Riegel gebracht. Aber schon am 15. September wurden sie durch Gewaltandrohungen von aufs neue demonstrierenden Genossen wieder befreit.

Rose Ferron

44] **Roman von Liesbet Dill, Halle a. S.**

(Nachdruck verboten.)

„Aber gewiß kenne ich Sie wieder, die kleine Dame damals im Torweg, es lag Schnee . . . Und er . . . mein Sohn . . . pardon, daß ich danach frage, ich habe gehört . . . hm . . . man hat mir erzählt, die Welt ist ein Nest, er hat mir übrigens nie geschrieben, je'l ai perdu de vue — bin für ihn der verlorene Vater . . . haha . . . Wie geht es übrigens meiner verehrten belle-mère? Gibt sie immer noch Maskenbälle? Und die schöne Mama, immer noch so statiös? Sie lag mir nicht, das Seriöse liegt mir weniger. Aber Ihr Vater . . . schade, daß Sie ihn nie gekannt haben, das war ein Schönheitsfucher, und er ist auch daran zugrunde gegangen." Er schien etwas auf dem feinen Frauengesicht zu suchen, das unter dem schwarzen Spitzenhut schimmerte wie eine zarte Rose . . . „Wie Sie ihm ähnlich sehen, jetzt gerade . . . Wir waren Freunde . . . beide, als wir jung waren, sehr jung . . . Er hatte keinen Feind . . . aber eine Charme, gefährlich war er, für alle . . . Nicht allein für Frauen. Er zog sie an wie das Licht die Motten. Ja, ja . . ." er betrachtete sie zerstreut, er sah sie nicht mehr, sie fühlte das, er sah zurück, in weite Fernen . . .

„Der Narr," murmelte er, „der Narr."

„Wie kann man eine solche Frau hergeben," wiederholte er, „Verzeihung, aber da wir uns voraussichtlich nicht wieder sehen werden, kann ich das sagen . . . Ich fahre morgen nach Newyork, habe dort ein neues Unternehmen ins Leben gerufen."

Sie fragte ihn, ob er noch immer Patente verwerte.

„Ach nein, das liegt längst hinter mir. Patente . . . überlaß ich den anderen. Solche Bagatellen. Und gehen auf die Nerven . . . Ich bin Gründer einer großartigen Sache, die mir Freunde fundiert haben, ich habe mein ganzes Kapital hineingesteckt. Vogue la galère . . ."

An der Türe des Restaurants verabschiedete er sich.

„Was für ein Füßchen!" sagte er, „man findet selten dergleichen in unserem guten Vaterland. Ist das Leben immer noch so anstrengend dort und haben die Kinder immer noch Mittwoch nachmittags schulfrei? Und hängen überall noch die strengen Tafeln „Verboten"? Meine gnädigste Frau," er zog den braunen leichten Hut mit einer jugendlich eleganten Gebärde und küßte ihre Hand, „es macht einem alten Herzen immer Freude, einer schönen Frau zu begegnen. Ich würde gerne sagen „au revoir", aber ich glaube nicht, daß wir uns wiedersehen, denn wenn mich nicht alles täuscht, bekommen wir Krieg, es liegt so was in der Luft, ich habe eine Witterung dafür . . ." Er ging.

„Vogue la galère," dachte sie und schaute ihm nach, wie man jemand nachsieht, den man zum letzten Male sieht. Es war ihr, als sei ein Gespenst vor ihr aufgetaucht, das ihr alles wieder weckte, was schon halb vergessen unter verschüttetem Gemäuer lag.

* * *

Der Krieg brach aus, als sie kaum die Grenzpfähle hinter sich hatten. Ihre Koffer lagerten noch auf dem großen gelben Kofferberg irgendeiner Douane, die Garnison befand sich bereits im Aufbruch, die Autos rasten durch die engen Gassen, die Telephone zitterten von den Meldungen, es lag wie ein Fieber über dem Städtchen St. Aux.

Hoch und verschlossen schob sich die Wand der Grenze zwischen die zwei Länder, die blauen Berge Frankreichs schienen plötzlich weit fortgerückt, und der Rauch aus den Fabrikschloten der Stadt jenseits der Grenze flatterte wie zerfetzte Trauerfahnen über das Land.

Auf der Terrasse stand Madame Haffner und rang die Hände, als das Auto vorfuhr.

„Ich habe gedacht, Sie kämen nicht mehr! Verlassen Sie mich nicht!" Sie klammerte sich an Rose. „Il y aura du tapage."

Malzahn hatte sich sofort seinem Regiment zur Verfügung gestellt. Muthius blieb vorläufig. Die reichsländischen Beamten der Cerescwerke machten verkniffene, bleiche Gesichter, einige waren verschwunden, über die Grenze, um jenseits ins Heer einzutreten, andere blieben. Sie machten gute Miene.

Jeder wußte, was auf dem Spiele stand für dieses Grenzland.

Alles packte. Der Diener ging als Malzahns Bursche mit. Rose hatte so viel zu tun, daß sie kaum merkte, daß sie acht Tage und Nächte fast nicht geschlafen hatte.

„Ach, Madame," weinte Madame Heffner, „bleiben Sie doch bei mir, alles verläßt mich, ich werde vor Heimweh sterben, ich bin so schwach. Wird man unser Land wieder zu einem Schlachtfeld machen, und was wird dann aus mir? Je serais sans feu ni lieu. Wir werden fliehen müssen." Ihr Sohn war still hinüber über die Grenze. Er wurde jetzt als französischer Offizier eingereiht in die grande armée.

Es lag wie eine schwere dunkle Wolke über dem Land. Ueberall Abschied.

Gegen Abend kam auch der Prinz. Die Prinzessin hatte sich bereits verabschiedet und war in ihre süddeutsche Residenz gegangen, auf ihr elterliches Schloß, mit den Kindern.

Er hatte gebeten, sie allein zu sprechen, und Rose empfing ihn. Er war in Uniform, ganz offiziell.

„Was wird nun aus Ihnen, werden Sie mir schreiben, Rose?"

„Vielleicht, es kommt darauf an . . ."

„Ihre Briefe waren schön, sie waren meine ganze Freude, mein Lebensinhalt geworden; man kann sich daran gewöhnen, wie an eine Luft . . ."

„Es ist gut, daß Sie gehen müssen", sagte sie sehr ernst. „Wollen Sie ihn noch einmal sehen?"

„Nicht", bat er, ihre Hand haltend, „nicht jetzt. Gönnen Sie mir diese Stunde, dann mag kommen, was will, wir haben uns noch viel zu sagen . . ."

Sie sprachen mit gedämpfter Stimme. Er dankte ihr. Er war bewegt. „Rose, Rose . . ."

Es ward ihr schwer, Festigkeit zu zeigen. Dieses war ein Freund. Nicht mehr. Und dennoch . . .

„Sehen Sie", bat sie. Und er ging. Als er fort war, öffnete sie ihren Schreibtisch und nahm Briefe heraus. Stöße. Ein paarmal ging jemand durch das Zimmer auf leisen Sohlen, sie sah es nicht — es war Louis — er warf ihr einen Blick zu voll Schmerz, sie sah ihn nicht, sie verbrannte Briefe, die sie mit leichter Hand zerriß. Er machte sich in dem Zimmer zu schaffen, leise, um sie nicht zu stören. Morgen ging auch er fort.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109291-17/fragment/page=0002

Das Unglück von Oppau

Deutscher Reichstag

w. Berlin, 28. September.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2¼ Uhr.

Ein Antrag Bazy (Komm.) wegen Aufhebung des Strafvollzugs gegen den Abgeordneten Wendelin Thomas wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen, ebenso der Entwurf über Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Abweichung vom Biersteuergesetz. Die Weiterverwendung von Reis und Mais zur Biererzeugung wird nach kurzer Debatte in den beiden ersten Lesungen gegen einige Stimmen der Bayerischen Volkspartei angenommen.

Nach Erledigung einiger kleiner Vorlagen kommt der zweite Nachtragsetat für 1921 zur Beratung, der die Teuerungszulagen enthält.

Abg. Swinkopf (Soz.) verliest eine Erklärung der sozialdemokratischen Partei, die sich gegen die automatische Erhöhung der Gehälter richtet. In Erwartung einer baldigen endgültigen Regulierung der Frage der Teuerungszulagen stimme seine Partei dem Nachtragsetat zu.

Abg. Petersen (Dem.) verliest eine ähnliche Erklärung seiner Partei, die namentlich die Regelung der Ortszulagen fordert.

Abg. Frau Zietz (U. S. P.) protestiert dagegen, daß die oberen Beamtenklassen mehr an Teuerungszulagen erhalten, als die unteren an Gehalt beziehen. Das differenzielle Minimum müsse als Grundlage genommen werden.

Abg. Beuermann (D. Vpt.): Der Index zeigt, daß die Kosten der Lebenshaltung um das 16fache gestiegen sind, die Gehälter nur um das 5fache. Wenn wir der Beamtenschaft nicht helfen, bricht sie zusammen, deshalb müsse eine völlige Neuordnung erfolgen, und zwar eine Neuregelung der Gehälter ohne Teuerungszulagen. Redner verliest eine hierauf bezügliche Erklärung seiner Partei.

Auch Abg. Deglerk (Deutschnat.) verliest eine Erklärung, der zufolge die Vorlage seiner Partei in keiner Weise genügt und eine sofortige Neuregelung der Gehälter gefordert wird. Der übertriebenen Differenzierung müsse ein Ende gemacht werden.

Abg. Dr. Höfle (Ztr.) stimmt einstweilig dem Nachtrag zu, wünscht aber ebenfalls sofort endgültige Maßnahmen. Die Frage der Teuerungszulagen müsse so geregelt werden, daß unter allen Umständen eine Mindestgrenze nach unten festgesetzt werde. Im übrigen genüge aber eine Differenzierung bei den Ortsklassen. Bei den Teuerungszulagen sei sie nicht angebracht.

Abg. Bazy (Komm.): Die unteren und mittleren Beamten müssen in erster Linie aufgebessert werden. Für die oberen sei das nicht in gleichem Maße erforderlich.

Es folgt die Interpellation Müller-Franken (Soz.) über

das Unglück in Oppau

Damit verbunden werden einige Anträge der Unabhängigen und Kommunisten zum gleichen Gegenstand.

Abg. Brey (Soz.) gedenkt der großen Zahl der Opfer, 414 Tote und 160 Vermißte, die aus Leben und Arbeit gerissen sind. Allein 40 Menschen haben ferner das Augenlicht verloren. Die Zahl der sonst, zum Teil schwer, Verletzten kann überhaupt noch nicht genannt werden. Von einem Verbrechen kann wohl nicht gut die Rede sein. Redner weist darauf hin, daß so vieles Material, das seinerzeit für Explosivgeschosse bestimmt war, bei Kriegsende für wirtschaftliche Maßnahmen frei wurde, und gerade Ludwigshafen während des Krieges Hauptsitz der chemischen Industrie war. Nun sind dort noch zwei solcher Silos mit Inhalt vorhanden, und die Bevölkerung lebt in ständiger Furcht vor einer neuen Katastrophe. Wir verlangen Feststellung, ob hier noch eine neue Gefahr vorliegt, und rücksichtslose Aufklärung des Geschehenen unter Hinzuziehung der Arbeitervertreter. Der Silo zeigt außerdem an der Sohle eine Hitzeentwicklung von etwa 60 Grad, ohne daß irgendwelche Sicherungsmaßnahmen getroffen wären. Es war den Arbeitern nur gestattet, dann und wann frische Luft zu schöpfen. Es besteht die Befürchtung, daß Sprengungen vorgenommen sind. Jedenfalls hat ein Beamter einen Arbeiter aufgefordert, noch nicht fortzugehen, da er ihm etwas vorsprengen wolle. Der Abtransport der hartgewordenen Masse war an eine fremde Firma in Akkord vergeben worden, die ein Interesse daran hatte, recht schnell das Material fortzuschaffen. Akkord- und Prämiensystem dürfen in solchen Betrieben, wo es sich um das Leben von Hunderten handelt, nicht angewendet werden. Jedenfalls müssen die Sprengungen sofort unterbrochen und die stehenden Silos eventuell unter Wasser gesetzt werden. Den Anträgen auf Errichtung eines Untersuchungsausschusses stimmen wir zu.

Reichsarbeitsminister Brauns: Es ist bisher unmöglich gewesen, den Anlaß der Katastrophe aufzuklären, noch die Zahl der Opfer festzustellen. Die Zahl der Verwundeten geht in die Hunderte. Die Gemeinde Oppau hat stark gelitten. Man ist aber schon wieder beim Wiederaufbau. Explodiert ist das Ammoniumsulfat in Mengen von 4500 Tonnen. Es ist vorher eingehend auf Explosionsmöglichkeit untersucht worden. Wie die Explosion erfolgt ist, wird sich nicht feststellen lassen, weil alle dort anwesend gewesenen Leute tot sind. Die weitere Herstellung des Präparats ist sofort eingestellt worden. Es wird für einen anderen ungefährlichen Düngerersatz für die Landwirtschaft gesorgt werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß durch Aenderungen in der Lagerung die Explosionsgefahr vermehrt wurde und daß die Vorbereitung der Masse für den Abtransport die Schuld daran trug. Die Reichsregierung hat sofort 10 Millionen Mark für die erste Hilfeleistung der bayerischen Regierung zur Verfügung gestellt. Auch andere Länder haben sich dem angeschlossen. Es sollen Eingeleitunterstützungen an Familien gegeben und die Hinterbliebenen entschädigt werden. Wir werden nichts unterlassen, um die Ursachen des Unglücks festzustellen und den Opfern zu helfen. (Beifall.)

Das Haus tritt in die Besprechung ein.

Abg. Hofmann-Ludwigshafen (S.) gibt eine Schilderung der grausigen Ereignisse in Oppau und zollt dem Heldenmut der Arbeiter alle Anerkennung. 63 Prozent aller Baulichkeiten des Dorfes Oppau lassen sich nicht wiederherstellen. Nur 2—3 Prozent gelten als wenig beschädigt. Der Mobiliarschaden beträgt etwa 50 Millionen in Oppau allein. Dazu kommt der Schaden in Ludwigshafen und Mannheim. Die Vermutungen in der ausländischen Presse, daß es sich um einen neuen geheim hergestellten Explosionsstoff handle, sind Gespensterseherei mit politischem Hintergrund. Die Erklärungen des Ministers haben uns befriedigt.

Abg. Semler (Deutschn.): Wir halten den Reichstag nicht für zuständig für die Schuldfrage. Diese kann heute noch von niemandem entschieden werden, auch nicht von der Wissenschaft.

Abg. Moldenhauer (D. Vpt.): Hinsichtlich der Vorkehrungen, die eine Wiederholung solcher Katastrophen verhindern sollen, sind wir restlose Aufklärung und stimmen auch dem Untersuchungsausschuß zu. Insonderheit müssen die Urteile sachverständiger Arbeiter gehört werden. Wir sollten uns aber hüten, schon jetzt solche, vielleicht unter dem Druck der Explosion entstandenen Aeußerungen an die Oeffentlichkeit zu bringen. Auch wir sind gegen Notgesetze aus einem Einzelfall. Der Sechste Ausschuß soll sich mit den Anträgen beschäftigen; wir sind damit einverstanden.

Abg. Schwarz-Baden (U.): Nur von Naturgewalten zu reden, sei nicht angebracht, das gehe schon aus den Ausführungen des abgeordneten Brey hervor. Der Untersuchungsausschuß werde entscheiden müssen, ob der Betrieb im Interesse der Arbeiter fortgeführt werden solle. Wenn den Opfern und ihren Hinterbliebenen aber wirklich geholfen werden solle, bedürfe es allerdings eines Spezialgesetzes.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.): Angesichts der Gefahr, die nach den Darlegungen des Abg. Brey die Lagerung weiterer Ammoniumsulfatvorräte in Ludwigshafen bedeuten soll, stelle ich gemäß Mitteilungen des Professors Haber, des Erfinders dieses Verfahrens, fest, daß der Produktionsprozeß selbst völlig gefahrlos ist und mit dieser Explosion nichts zu tun hat. Die Explosion ist vielmehr durch die Sprengung verursacht worden, nachdem frühere Sprengungen ohne jede Folge geglückt waren. Die Wissenschaft steht hier noch vor einem Rätsel. Was soll angesichts dieser Lage ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß nützen?

Abg. Schwarzer (Bayer. Vpt.): Ein Spezialgesetz für solche Unglücksfälle verspricht keinen rechten Erfolg. Nachdem der bayerische Landtag bereits einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß gebildet habe, halte er einen Ausschuß des Reichstages nicht für erforderlich. Sollte aber trotzdem ein solcher Ausschuß zustandekommen, so beantrage er, daß dieser Ausschuß mit dem bayerischen zusammenarbeiten müsse.

Abg. Remmele (Komm.): Zur Reichsregierung haben wir nicht das Vertrauen, daß sie eine sachgemäße Untersuchung der Frage führen wird. Deshalb muß die Arbeiterschaft an der Untersuchung beteiligt sein. Jedenfalls sei in den letzten Tagen vielfach darauf hingewiesen, daß die gefährliche Natur des Ammoniumsulfat schon länger bekannt sei. Das stehe im Widerspruch zu den Anschauungen des Ministers und der Wissenschaft, die sich natürlich in den Dienst des Kapitals stellt.

Damit schließt die Besprechung. Der Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses wird angenommen, der Antrag Schwarzer abgelehnt. Die Anträge auf gesetzgeberische Maßnahmen zur Hilfeleistung bei solchen elementaren Ereignissen gehen an den sozialpolitischen Ausschuß.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr: Kleinere Vorlagen, Friedensvertrag mit Amerika, Interpellation wegen der Durchkreuzung der Anordnung des Präsidenten durch Offiziere und Beamte, Anträge wegen des Schutzes der Republik usw.

Schluß 7 Uhr 15 Minuten.

Preußischer Landtag

w. Berlin, 28. September.

Auf der Tagesordnung stand die Novelle zum Beamtendiensteinkommengesetz. Mit den darin enthaltenen Aenderungen fügt sich die Regierung einem Einspruch des Reichsfinanzministers gegen die Anrechnung der Militärdienstzeit der Militäranwärter bis zur Höchstdauer von 8 Jahren. Der neue Gesetzentwurf setzt die Höchstdauer auf ein Jahr, bei Militäranwärtern, die neun Jahre oder weniger gedient haben, auf vier Jahre herab. Die Vorlage geht an einen Ausschuß.

Es folgt die erste Beratung einer Novelle des B. G. B. Die Aenderung will die Eheschließung von Ausländern im Inlande dadurch erleichtern, daß die Befugnis zur Befreiung von hemmenden Vorschriften vom Minister auf untergeordnete Behörden übertragen werden könnte. Der Gesetzentwurf wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Die Novelle zur Anordnung vom 10. August 1920 über die Beschäftigung weiblicher Angestellter in Gast- und Schankwirtschaften wird nach längerer Aussprache mit den dazu gestellten Anträgen dem Bevölkerungsausschuß überwiesen. Der Ausschuß für das Siedlungs- und Wohnungswesen hat sich mit einem Antrag der Deutschen Volkspartei beschäftigt, der die Zeitung der Ausschüsse in je einen ständigen Ausschuß für das ländliche Siedlungswesen und für das städtische Wohnungs- und Heimstättenwesen verlangt. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Das Haus beschließt, den Wohnungs- und Siedlungsausschuß in seiner bisherigen Stärke bestehen zu lassen.

Ein Antrag Jürgensen (U. S.) auf Wiederaufnahme der Landgewinnungsarbeiten in Süderdithmarschen wird nach kurzer Aussprache angenommen.

Der Antrag Siering (Soz.) auf Annahme eines Gesetzentwurfes über das Hebammenwesen wird ohne Aussprache dem Ausschuß für Bevölkerungspolitik überwiesen.

Der Antrag Esser (Zentr.) auf Erhöhung der Hausiersteuer geht an den Ausschuß für Handel und Gewerbe, der Antrag auf stärkere Besteuerung des Straßenhandels und Bekämpfung seiner Auswüchse nach kurzer Aussprache an den Gewerbeausschuß.

Abg. Dr. Steffens (D. Vp.) begründet dann einen Antrag, die Regierung möge einen besonderen Fonds bereitstellen, um das durch die ungünstige Finanzlage bedrohte wissenschaftliche Leben der Königsberger Universität zu erhalten und ihr die Möglichkeit, kulturellen Einfluß im bedrohten Osten zu sichern.

Um 6 Uhr wird auf Antrag Siering (Soz.) die Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr vertagt. Tagesordnung: Anträge und kleinere Vorlagen, Beginn der Etatsberatung.

Die Erhöhung der Eisenbahntarife

Amtlich wird gemeldet:

Durch die am 1. August erfolgte Erhöhung der Gehälter und Löhne der Beamten und Arbeiter sowie durch die Steigerung der Preise aller Materialien erwächst der Reichseisenbahnverwaltung eine jährliche Mehrausgabe von rund sieben Milliarden Mark. Der vorläufige Reichseisenbahnrat hat dem Vorschlage der Reichseisenbahnverwaltung, zur Deckung dieser Kosten eine Tariferhöhung von 30 Prozent vorzunehmen, zugestimmt. Die Erhöhung wird für den Güter- und Tierverkehr zum 1. November, für den Expreß- und Personenverkehr zum 1. Dezember durchgeführt. Auf eine Reihe von Sonderwünschen erwiderte das Reichsverkehrsministerium, die vorbereitenden Arbeiten zu deren Prüfung seien bereits eingeleitet.

Engelbert Humperdinck †

Wie die Landeszeitung für beide Mecklenburg meldet, ist Engelbert Humperdinck am Dienstag im Karolinenstift zu Neustrelitz an den Folgen eines Schlaganfalls, zu dem eine Lungenentzündung hinzutrat, gestorben. Die Leiche wird nach Berlin-Stahnsdorf übergeführt.

Mit Engelbert Humperdinck ist einer der hingebendsten Jünger des Bayreuther Meisters, ein Komponist von feinstem Empfinden, ein Lehrer von souveränem Können dahingeschieden. Wir kommen in der Abendausgabe darauf zurück.

Die Kirchenwahlen in Hannover. Am Sonntag fanden in Hannover die Wahlen für die Verfassungsgebende Kirchenversammlung statt, die in fast allen Wahlkreisen einen Sieg der positiven Richtung brachten. Die Wahlbeteiligung war im allgemeinen ziemlich rege.

Verbotene pommersche Zeitung. Der in Treptow a. R. erscheinende „Treptower Generalanzeiger" ist wegen seines Leitartikels „Ein Amerikaner über Wirths Steuermahnsinn" auf drei Tage verboten worden.

Halle und Umgebung

Halle, 29. September.

Der „jeweilige" Mietszuschlag

Die Mieteinigungsämter empfehlen jetzt, wie wir in einer Berliner Zeitung lesen, bei Ablauf von Mietverträgen, die bekanntlich mit wenigen Ausnahmen nur noch kurzfristig sind, folgende schriftliche Vereinbarungen zu treffen:

„Das zwischen uns bestehende gekündigte Mietverhältnis wird um ein halbes Jahr gegen Friedensmiete zuzüglich des bei Beginn der Verlängerung gültigen Höchstzuschlages verlängert."

Weiter heißt es: „Diese Fassung entspricht den bisher regelmäßig üblichen Entscheidungen der Kammern. Insbesondere können die Vermieter nicht darauf rechnen, daß sie statt des zu Beginn des Verlängerungsquartals gültigen Höchstzuschlages den jeweiligen Höchstzuschlag zugesprochen erhalten, ebensowenig die Mieter darauf, daß ihr Vertrag gegen den zu Beginn der Verlängerung gültigen Höchstzuschlag auf mehr als ein halbes Jahr verlängert wird."

Hiernach darf also der „jeweilige", das heißt während der Vertragszeit von der Behörde festgesetzte neue Zuschlag zur Friedensmiete nicht sofort, sondern erst nach Ablauf der Vertragszeit erhoben werden, womit eine vielerörterte Streitfrage gelöst ist. Zuviel erhobene Mietbeträge müssen zurückgezahlt oder verrechnet werden.

— **Die Anlage des neuen Sportplatzes im Süden der Stadt** an der Rüpziger Straße ist schon weit vorgeschritten. Er befindet sich dicht beim Gesundheitsbrunnen unweit der Saale und bedeckt mit dem daranstoßenden Fußballplatz fast das gesamte Terrain zwischen Völbergerweg und Rüpziger Straße. Südlich fährt die Hafenbahn durch fruchtbare Felder vorbei, nördlich daran grenzen zahlreiche Schrebergärten und die mit drei Reihen Bäumen bepflanzte breite Lutherstraße. Der Sportplatz selbst bildet eine große Talmulde und ist schon mit üppigem grünen Rasen bewachsen. Die Wege im Umkreise werden mit Kmack befestigt und die Erdaufschüttungen zeigen schon den Platz der künftigen Tribünen. Die ganze Anlage in prächtiger Umgebung wird mustergültig. — Die städtischen Neubauten an der Merseburger Straße, gegenüber der Huttenstraße, schreiten gleichfalls rüstig vorwärts. Einige Häuser sind schon eingedeckt.

— **Der „Klassenkampf" in Röten.** Bekanntlich muß der „Klassenkampf" seine Betriebs- und Geschäftsräume im Gewerkschaftshause (Harz) räumen, und nach den Räumen der Produktivgenossenschaft in der Lerchenfeldstraße übersiedeln. Diese Uebersiedlung sollte ursprünglich am 1. Oktober erfolgen. Da der Neubau der Produktivgenossenschaft indessen noch nicht fertiggestellt ist, so wurde mit der „Volkszeitung" ein Abkommen dahingehend getroffen, daß der „Klassenkampf" noch bis Ende Oktober im Gewerkschaftshaus verbleiben dürfe. Neuerdings haben sich aber zwischen beiden Parteien Schwierigkeiten ergeben, und zwar verlangen die „Volkszeitung" die sofortige Räumung des Eckladens, in dem sich zurzeit noch die Verlagsräume des „Klassenkampfes" befinden. Falls die Räumung nicht bis zum 1. Oktober erfolgt ist, will die „Volkszeitung" den weiteren Druck des „Klassenkampfes" verweigern. Der „Klassenkampf" hat sich bisher noch nicht zu diesem Vorgehen der „Volkszeitung" geäußert.

— **Hindenburg-Geburtstagsfeier.** Am Sonnabend, 1. Oktober, 4 Uhr nachmittags findet im „Neumarktschützenhaus" die Hindenburg-Geburtstagsfeier des Bismarckbundes unter Mitwirkung des Seifert-Orchsters statt. Die Festansprache hält Herr Hauptmann Werner. Eintritt 1 Mark, für Erwachsene 2 Mark.

Familien-Nachrichten

Verlobungen: Vally Thiele mit Hugo Graul. — Italia-Maria Veladini mit Dipl.-Ingenieur Adolf Schnetzler.

Todesfälle: Friedrich Diedering. — Clara Sommer geb. Herbst (68 Jahre). — Louise Gläser geb. Muth (87 Jahre). — Wilhelmine Kummer (78 Jahre). — Antonie Ebersbach geb. Hansen (63 Jahre).

Vereins-Nachrichten

— **Deutschvölkische Gedenkfeier der Schlacht bei Leipzig.** Der Verlauf des Abends ist folgender: Beginn abends 7 Uhr im Zoologischen Garten. Orchestermusik, Vorträge, vaterländische Lieder. Gedenkrede: Geheimrat Gustav Roethe-Berlin: „Wir wollen frei sein, wie die Väter waren". Darauf Abmarsch mit Fackeln zum Holzstoß. Flammenrede. Rückmarsch mit Musik und Fackeln.

Aus Mitteldeutschland

tk. **Gehren**, 28. Sept. (Durch Gasvergiftung den Tod gefunden) hat der hiesige Kaufmann Herbsleb. Man fand ihn in seinem Wohnzimmer, das durch den geöffneten Gashahn vollständig mit Gas gefüllt war, leblos vor. Ob Absichtlich den Tod gesucht oder ob der Gashahn versehentlich offen geblieben war, konnte noch nicht ermittelt werden.

— **Magdeburg**, 28. Sept. (Durch Unvorsichtigkeit erschossen.) Bei Vorführung von polizeilichen Aufgaben wurde der Polizeiwachtmeister Helmke von seinem Kameraden Putze, der entgegen den dienstlichen Vorschriften mit geladener Pistole erschienen war, aus Unvorsichtigkeit durch einen Schuß in den Kopf getötet.

tk. **Dorndorf** (Rhön), 28. Sept. (Zugunfall.) Am Sonnabend früh stieß auf Bahnhof Dorndorf ein von Salzungen kommender Güterzug infolge falscher Signal- und Weichenstellung auf die rangierende Abteilung eines im Bahnhof haltenden Zuges. Menschen sind glücklicherweise nicht verletzt worden, da das Lokomotiv- und Zugpersonal im letzten Augenblick noch abspringen konnte. Der Sachschaden ist sehr bedeutend, da zehn Güterwagen zertrümmert und zwei Lokomotiven beschädigt sind. Zum Glück sind beide Züge in der Anfangs- bzw. Endgeschwindigkeit gewesen, sonst hätte es passieren können, daß sie den Abhang hinuntergefallen und die direkt am Hang stehenden Häuser gefährdet gewesen wären.

tk. **Wüstersbausen** (Rhön), 28. Sept. (Gefaßter Mörder?) Dem Vernehmen nach ist der Mörder des am Mittwoch im Mönchsholz des Oechsenberges erschlagenen Mädchens namens Anacker gefaßt. Es soll der Schwager des Mädchens sein. Anscheinend ist es ein Akt niederer Habsucht, denn das Mädchen kommt als alleinige Erbin in einem Nachlaß in Frage. Die Spur konnte von den Polizeihunden nicht aufgenommen werden, da die Neugier und Unvernunft der Bevölkerung bei solchen Anlässen die vorhandenen Spuren verwischt hatte.

tk. **Lentenberg**, 28. Sept. (Die Verpachtung der städtischen Grundstücke) brachte in diesem Jahre den Betrag von 9120 Mark. Bei der Verpachtung vor sechs Jahren betrug die Pachtsumme 604 Mark. Diesmal haben sich die Bürger gegenseitig auf den mehr als 15fachen Betrag hochgetrieben. Selbst die Nachtliebhaber aus dem Arbeiterstande haben sich gegenseitig auf diese hohen Summen getrieben und können nun, jahre-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109291-17/fragment/page=0003

lang an die Macht gebunden, sich quälen, um die hohe Pachtsumme herauszuarbeiten.

tk. **Ruhla**, 28. Sept. (Der neue Bürgermeister.) **Die Bevölkerung wählte Dr. Meiling (Magdeburg) zum Ersten** Bürgermeister von Ruhla. Die Wahlbeteiligung war etwas reger **als** bei der **letzten Landtagswahl**. Auf Dr. Meiling entfielen 2377, auf Bürgermeister König hier 1117 Stimmen. Die Amtsperiode des neugewählten Ersten Bürgermeisters beginnt mit dem **1. Oktober d. J.**

tk. **Teuschnitz** (Oberfranken), 28. Sept. (Feuer.) In Tschirn brannte das gesamte Anwesen des Holzhauers Johann Neubauer nieder. Der vom Brande Betroffene, der erst im **Februar 1920 aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt ist, konnte lediglich seinen geringen Viehbestand retten. Alles andere** ist dem Feuer zum Opfer gefallen. Neubauer, der gering versichert ist, und dessen Familie acht Köpfe zählt, hat einen Schaden von über 100 000 Mark erlitten.

H.Z. Sportberichte

— **Magdeburger Rennverein.** Die Sonntag-Rennen am 2. Oktober versprechen in dem reichhaltigen Aufbau des Programms der sieben Jagdrennen lebhaften und interessanten Sport. Den Mittelpunkt bildet das Magdeburger Herbstjagdrennen über 4000 Meter im Werte von 45 000 Mark, um welches sich weitere vier Jagdrennen und zwei Hürdenrennen gruppieren. Die vollen Hindernisse der Magdeburger Bahn werden die Pferde vor ernste Aufgaben stellen. In der großen Gruppe der teilnehmenden Pferde finden wir aber soviel gutes Material, daß es eine Freude sein wird, den Springern im Kampfe zuzusehen. Von den in Magdeburg bereits siegreich gewesenen Pferden u. a. Symbol, die Siegerin des Großen Jagdrennens am 19. Juni, sowie Csardasfürstin, welche am gleichen Tage gewann, ferner Oria, welche auch im Juni siegreich war, werden Marietta, Menja und Stella II, welche aus dem August-Meeting erfolgreich hervorgingen, teilnehmen. Von weiteren guten Pferden verdienen an erster Stelle hervorgehoben zu werden: Bennewar, Sieger des Großen Nationalen Jagdrennens in Hannover, welcher bereits 175 000 Mark im laufenden Rennjahr gewinnen konnte, ferner Romberg, Sieger des Großen Hannoverschen Ausgleichs, Schloßkönigin, Siegerin des Großen Frankfurter Modenpreises, Biedermann II, Sieger der Badenia in Mannheim, Maison Rouge, Siegerin der Lipsia in Leipzig, Ortrud, Patella, Tippel und Schnudi. Von den in der Entwicklung begriffenen Pferden, welche am Sonntag voraussichtlich gute Aussichten haben, sind noch Feuersnot, Lanze und Tromperter II zu nennen.

Volkswirtschaftlicher Teil

Die Messe am Main

Von Dr. Ludwig Stettenheim, Leipzig.

Frankfurt a. M., den 28. September 1921.

Die **Frankfurter Messe beginnt am Hauptbahnhof.** Auf dem Bahnhofsplatze werden die ankommenden Fremden durch Flaggen und Wimpel begrüßt; mächtige Plakate sind über den Platz gespannt. Auch der Bahnhof selbst ist in den Dienst der Messe gestellt. Was man früher sich nicht denken konnte, daß Bahnhöfe zu Reklamezwecken verwendet werden, das ist hier zur Tatsache geworden: die Fassade des Frankfurter Bahnhofes ist mit einer bunten Reklame von gewaltiger Ausdehnung bespannt. Den Weg zum Messegelände weisen wehende Fahnen auf hohen Masten. Ein Vorzug der Frankfurter Messe ist ihre räumliche Zusammenfassung. Den überragenden Mittelpunkt bildet die Festhalle mit ihren Anbauten; eine Reihe von Gebäuden zieht sich am Hohenzollernplatz hin, und diese Front ist nunmehr abgeschlossen worden durch die neueste Schöpfung der Frankfurter Messe: das Haus Werkbund. Die Frankfurter Messe ist jung, sie konnte sich anders entwickeln als ihre älteste Schwester in Leipzig: während man dort den schweren Kampf mit der Raumnot durchzufechten hat, den man stets durch neue Ideen, Ausnutzung vorhandener Möglichkeiten zu besiegen versteht, während die wachsende Messe immer neue Anforderungen erhebt, hat man in Frankfurt ein zusammenhängendes Gelände zur Verfügung, auf dem die Messe sich ohne Hindernisse ausdehnen vermag. Denn die einzigen Hindernisse, die Geldkosten, scheinen in Frankfurt keine Rolle zu spielen. Frankfurt liebt seine Messe und will nicht von ihr lassen. So wird sie auch willig mit allem ausgestattet, was nötig ist, reichlich fließen die Geldmittel, um das kostbarste Lebensbedürfnis unserer von Teuerungen drückendster Art umbrandeten Gegenwart zu befriedigen: Das Bauen.

Messetage sind Arbeitstage. Unablässige Arbeit, Einsetzung aller Nervenkraft fordert die Messe von ihren Besuchern, mögen sie Aussteller sein oder als Einkäufer Waren prüfen und Aufträge erteilen. Ueberflüssig angeordnet sind die Ausstellungen der Messe, die Branchenkonzentration ist straff durchgeführt, rasche Orientierung spart dem Einkäufer Zeit. Immer weiter ausgedehnt haben sich die Hauptzweige der Frankfurter Messe, Textilien, Schuhe und Leder, Tabak, Parfümerien. Die Textilmesse wird reizvoll ergänzt durch die Modenschau im Neuen Theater. Auch die Technik macht sich in Frankfurt heimisch: zur nächsten Messe wird ihr ein neues städtisches Gebäude zur Verfügung stehen, mit dessen Bau man schon begonnen hat. Besonders fällt das Bestreben in die Augen, die Stände der Aussteller gefällig und nach den Grundsätzen moderner Werbekunst zu gestalten: schon durch die äußere Ausstattung wird die Aufmerksamkeit erregt, Propaganda gemacht.

Wachstum und Fortschritte der Frankfurter Messe sind überall zu beobachten, ein Zeichen, daß sie wirtschaftlichen Bedürfnissen entspricht, wenigstens der besonderen Südwestdeutschlands und des besetzten Gebietes. Auch das Ausland zeigt ein starkes Interesse. So sind Italien, Holland, die Schweiz, England und Frankreich durch Einkäufer vertreten, die letzteren überwiegen. Man spürt wieder, daß man sich gegenseitig braucht und nützen kann.

Aber neben Industrie und Handel gibt es noch einen anderen Weg, der Völker verbindet: den der geistigen Kultur. Auch diesen Weg weist die Frankfurter Herbstmesse. Hoher deutsches Kulturbestreben findet ihren Ausdruck im Haus Werkbund. Das Ziel, Qualitätsbestrebungen Eingang auf der Messe zu verschaffen, verbindet Frankfurt mit Leipzig. Die Leipziger Messe zeigt durch die Entwurfs- und Modellmesse, die Ausstellungen des Wirtschaftsbundes deutscher Kunsthandwerker, des Kunstgewerbevereinsrums, der Wiener Werkstätten, daß sie die Qualität auf der Messe zur Geltung bringen will. In Frankfurt bildet Haus Werkbund ein weithin sichtbares, suggestiv wirkendes, eindrucksvolles Symbol dieses Willens. Es faßt auf durch seine rote Farbe, venezianische Motive sind in seiner Architektur glücklich verwendet. Haus Werkbund entspricht durch seine innere praktische Einrichtung durchaus seiner Bestimmung. Der Wirtschaftsbund deutscher Kunsthandwerker, der österreichische Werkbund, kunstgewerbliche Firmen und einzelne bekannte Kunstgewerbler stellen köstliche Arbeiten zur Schau. Keramik, Leder, Textilien, Metallindustrie, Tapeten sind mustergültig vertreten. Mit dem Kunstgewerbe hat sich das Buchgewerbe vereinigt, das mit seiner Messe zeigt, daß auch beim Buch die Qualität den Ausschlag geben soll. In diesen Räumen wird uns deutlich, daß das deutsche Kunstgewerbe wichtige Aufgaben beim Wiederaufbau zu erfüllen hat. Auch von hier bahnen sich Beziehungen zum Ausland, zur Völkerverbindung an. Mit Entschiedenheit wird gezeigt, daß wir gewillt sind, hochwertige Arbeit zu leisten und daß wir eine Qualität erreichen, die uns einen achtunggebietenden Platz auf dem Weltmarkt sichert.

Aktiengesellschaften

★ **Verein der deutschen Kaliinteressenten Berlin.** Am 28. September 1921 fand in Eisenach die ordentliche Mitgliederversammlung des Vereins der deutschen Kaliinteressenten statt. Nach Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden, Bergrat Zirkler, und Feststellung der Beschlußfähigkeit der Versammlung erstattete der Geschäftsführer, Bergassessor Karau, den Geschäftsbericht. Nach Hinweis auf den bereits im April d. J. vorgelegten gedruckten Geschäftsbericht besprach Herr Karau die für die Kaliindustrie wichtigen Ereignisse des vergangenen und des laufenden Jahres, wobei er auf die finanzielle Lage des Reiches und der Industrie hinwies. Die Regularien wurden erledigt, die Herren Kempin, Gerhard Korte und Kost als Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Alsdann folgte ein Vortrag des Herrn Professor Dr. Blum von der Technischen Hochschule in Hannover über „Großstädte und Großgewerbe", dem sich ein Bericht des Leiters der Kali-Forschungsanstalt, Dr. Koelichen, über deren Aufgaben und Tätigkeit auf dem Gebiete der chemisch-technischen Kaliforschung anschloß.

Interessengemeinschaftsvertrag zwischen Speditionsverein Wallwitzhafen und Hafen- und Lagerhaus-A.-G. in Aken a. E. Die Generalversammlung der Hafen- und Lagerhaus-A.-G. in Aken a. E. genehmigte den Interessengemeinschaftsvertrag mit der Speditionsverein, Mittelelbische Hafen- und Lagerhaus-A.-G. in Wallwitzhafen bei Dessau und die damit in Zusammenhang stehende Kapitalserhöhung um 500 000 M. Nach dem Interessengemeinschaftsvertrag bleibt die Selbständigkeit beider Gesellschaften erhalten, es ist nur ein wirtschaftliches Zusammengehen vorgesehen. Der erzielte Gewinn wird im Verhältnis von 2/3 für Aken und 1/3 für Wallwitzhafen verteilt; etwaige Verluste tragen die Gesellschaften selbst. Jede Gesellschaft beteiligt sich mit 500 000 Mark an dem Unternehmen der anderen Gesellschaft. Neu in den Aufsichtsrat wurden Bankdirektor Lux-Dessau und Direktor Ernst Ziegler-Dessau (beide in Wallwitzhafen) gewählt. Die Generalversammlung der Speditionsverein, Mittelelbische Hafen- und Lagerhaus-A.-G. in Wallwitzhafen bei Dessau genehmigte gleichfalls den Interessengemeinschaftsvertrag mit der Akener Gesellschaft, sowie die Kapitalserhöhung um 500 000 M. Neu in den Aufsichtsrat wurden Geh. Kommissionsrat Trautmann-Köthen und Direktor Eichler-Aken gewählt.

★ **w. Entspannung der Differenzen in der Webereiindustrie Sachsen-Thüringen.** Aus dem Bezirksverband Sächsisch-Thüringischer Webereien ist eine Entspannung der Differenzen zu melden. Die Aussperrung in den Webereibetrieben in der Ortsgruppe Greiz des Verbandes ist zu Ende, da die Arbeiter der bestreikten Greizer Firma ab morgen die Arbeit wieder aufnehmen. Man hofft auch mit den Färbern zu einer befriedigenden Einigung zu kommen, wodurch die angedrohte Gesamtaussperrung, die etwa 15 000 Arbeiter betreffen würde, vermieden bleiben kann.

★ **ss. Vogtländische Spitzenweberei, Akt.-Ges., Plauen.** (Eigener Drahtbericht.) Die Generalversammlung genehmigte die Verteilung von 20 Prozent Dividende und 100 Mk. Sondervergütung, sowie die Erhöhung des Aktienkapitals um 1 Million auf 2½ Million Mark durch Ausgabe von 750 000 Mk. Stammaktien und 350 000 Mk. Vorzugsaktien, beide dividendenberechtigt ab 1. Juli 1921. Die Stammaktien werden zum Kurse von 125 Prozent allen Aktionären angeboten.

Industrie, Handel, Handwerk

Landabsatz von Kohle im mitteldeutschen Braunkohlenrevier. Der § 1 Abs. 1 der Bekanntmachung über den Landabsatz von Kohlen im Gebiet der amtlichen Verteilungsstelle für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau in Halle vom 11. Oktober 1920 erhält folgende Fassung: Landabsatz im Sinne dieser Bekanntmachung ist der Absatz von Braunkohlen, Briketts (einschließlich Brikettspäne), der sich unmittelbar von der Zeche ohne Inanspruchnahme von Schiffen und ohne Versand auf vollspurigen Bahnen vollzieht. Die Lieferung auf normalspurigen Neben- und Privatbahnen gilt nicht als Landabsatz. Für Rohkohle, Naßpreßkohle und Grudeloks gilt die Bekanntmachung, die mit dem 1. Oktober in Kraft tritt, nicht.

Die neuen oberschlesischen Kohlenpreise. Laut Mitteilung der staatlichen Bergwerksdirektion sind die Preise auf den ihr unterstehenden Gruben Königsgrube und Rheinbabenschächte ab 15. September für das oberschlesische Abstimmungsgebiet wie folgt festgesetzt worden: für Stückkohle auf 248,40 Mark bis herabgehend für Staubkohle auf 186,40 Mark je Tonne. Auf der Königin Luise-Grube erhöht sich der Preis der besseren Sorten um je 20 Pfg. je Tonne. Für das übrige Deutschland (Norden) stellt sich der Preis für Stückkohle auf 381,20 Mk. bzw. bis herabgehend für Staubkohle auf 186,40 Mk. je Tonne. Auf der Königin Luise-Grube wieder um je 20 Pfg. je Tonne höher.

★ **ss. Russische Rauchwarenversteigerung.** Unter zahlreicher Beteiligung vom In- und Ausland begann heute in Leipzig die im Auftrage der Sowjetregierung veranstaltete Versteigerung russischer Rauchwaren. Bei lebhaften Angeboten wurden hohe Preise erzielt. Die Tendenz war durchweg fest. Die erzielten Preise stellten sich etwa 40 Prozent höher, als man in Fachkreisen angenommen hatte und sind somit für den Inlandsbedarf zu hoch. Es wurden folgende Preise erzielt: zubereitete Hermeline 140 bis 345 Mk., rohe Kolinsky 305—450 Mk., rohe weiße Iltisse 130 bis 245 Mk., rohe Ottern 430—4000 Mk., einzelne lose bis 6700 Mk., zubereitete Ottern 340—800 Mk., ein ganzes Fell 56—175 Mk., Fehrücken 75—185 Mk., rohe Hermelin 130—395 Mk.

★ **w. Krisenanzeichen in U. S. A.** „Daily Telegraph" meldet aus Newyork, daß sich in der industriellen Lage der Vereinigten Staaten die Krise mit großen Schritten nähere. Die nächsten Wochen müßten entscheiden, ob es zu einem furchtbaren Kampfe komme, darunter zu einem Streik der Eisenbahner und Bergleute und der anderen Arbeiter oder zu einer gütlichen Regelung und zur Annahme von Lohnverminderungen durch die Arbeiterschaft. Bei den Eisenbahnern scheine eine überwältigende Mehrheit zu Gunsten eines Streiks vorhanden zu sein.

Erhöhung der Elbefrachten. Mit sofortiger Wirkung sind die Frachtsätze nach der mittleren und oberen Elbe um durchschnittlich 15 Prozent erhöht worden.

Börsenberichte

Dollarkurs vorübergehend 132

Auch an der gestrigen Börse und im freien Verkehr der Devisen und der ausländischen Zahlungsmittel setzte sich das traurige Bild der Entwertung unserer Währung in einem Tempo unglaublicher Schnelle fort. Alle unserer Valuta ungünstig wirkenden Faktoren wirkten zusammen, um das traurige Bild des Niederbruchs unserer Mark zu vollenden. Zunächst ist wohl nicht zu verkennen, daß die amtlichen Stellen selbst für ihre Riesenverpflichtungen der Entente gegenüber sehr große Summen von Devisen und fremden Zahlungsmitteln benötigen und dadurch, wenn auch gegen ihren Willen, in einem für unsere Valuta ungünstigen Sinne auf die Preisgestaltung der fremden Valuten einwirken. Diesem Unglück schließt sich das Uebel der Spekulation an, die den Entwertungsprozeß der Mark zu ihrem persönlichen Gewinn ausbeutet und vielfach leider skrupellos genug ist, eine Bewegung **zu unterstützen, die nicht allein** sie selbst, sondern die Lebenshaltung unseres ganzen Volkes aufs heftigste gefährdet. Schließlich sei als dritter gewichtigster Faktor die Tatsache erwähnt, daß die Industrie aus Angst vor einer weiteren scharfen Entwertung der Mark nunmehr in immer größerem Umfange zu Anschaffungskäufen von Devisen schreitet, die sie für die Zwecke der Rohstoffbeschaffung braucht. Schließlich ist auch zu bedenken, daß ein großer Teil unseres Valutaelends daher rührt, daß die Mark im gesamten Ausland das beliebteste Spekulationsobjekt geworden ist, unsere Währung also ein Spielball in den Händen fremder Länder ist, denen sie in bezug auf Wert ungefähr dasselbe bedeutet, wie für uns die polnische Währung. Wie gefährlich aber trotz mancher Steigerung das Treiben am Devisenmarkt auch für die Spekulanten ist, zeigen die teilweise bedeutenden Schwankungen, denen die Kurse der fremden Zahlungsmittel fortdauernd ausgesetzt sind. Gerade die Kreise unseres Publikums müssen daher aufs eindringlichste vor rein spekulativen Devisenengagements gewarnt werden, da die Möglichkeit von vorübergehenden starken Rückgängen jederzeit gegeben ist. Es wird immer mehr Pflicht der Regierung, endlich energisch gegen die spekulativen Auswüchse einer mit wenig Gewissenskrupel behafteten Spekulation einzuschreiten, deren einziger Wunsch es ist, selbst dem größten Elend unseres Landes noch für die eigene Tasche Gewinne abzujagen. Schon vormittags machte sich eine neue Befestigung bemerkbar, und zwar war Kabelauszahlung New-York im freien Verkehr mit 128 gesucht. An der Börse schnellte dann der Kurs weiter in die Höhe, so daß zeitweise der Dollar auf 132 Mark stand. Allerdings wurde dieses Rekordniveau nicht behauptet, vielmehr setzten sehr starke Schwankungen ein, die für Dollarnoten bis auf einen Preis von etwa 125¼ führten, aber schließlich bei 125½ endigten.

*

Die Mehrzahl der Börsengeschäfte vom Dienstag konnte noch immer nicht abgestimmt werden, weil die Schlußscheine der Makler fehlen, und aus diesem Grunde war es unmöglich, heute eine Wertpapierbörse abzuhalten. Der Börsenvorstand hat sich infolgedessen genötigt gesehen, seine Beschlüsse vom 15. September abzuändern. Ein Effektenverkehr findet in der folgenden Woche am Montag, Mittwoch und Freitag statt. Die Festsetzung der variablen Kurse beginnt um 11 Uhr, die der Einheitskurse um 12½ Uhr. In bezug auf den Beschluß des Börsenvorstandes, bis auf weiteres an allen Sonnabenden die Börse ausfallen zu lassen, verlautet, daß diese Maßnahme hauptsächlich im Interesse der überlasteten Angestellten erfolgt sei. Die vielen Abänderungen der Börsentage, die in jüngster Zeit vorgenommen wurden, haben, wie die gestern eingegangenen telegraphischen und telephonischen Aufträge erkennen lassen, eine arge Verwirrung hervorgerufen. Die Kursmakler waren gestern von 12 bis 2 Uhr in den Börsenfälen zur Entgegennahme von Aufträgen und Erledigung von Reklamationen anwesend. Bankiers, Angestellte und freie Makler hatten sich fast vollzählig eingefunden. Unter diesen Umständen konnte es nicht ausbleiben, daß sich in Wertpapieren ein ziemlich lebhaftes Geschäft entwickelte. Die Tendenz sprach sich außerordentlich fest aus, und die Kurse wurden abermals kräftig in die Höhe gesetzt. Im Vordergrunde des Interesses standen Valutawerte, Montanaktien, chemische Fabriken (Th. Goldschmidt 1320), Elektrizitätsaktien (Z. E. G. 680), Textilwerte und zahlreiche unnotierte Papiere (Meyer-Kaufmann 740).

★ **Hamburger Börse** verzeichnete stürmische Hausse. Durch Kaufordres von Berlin und Frankfurt war Geschäft besonders lebhaft. Bevorzugt waren Montanwerte. Auf Devisenmarkt Newyork 127½ nach 125¼.

Berliner Produktenmarktpreise.

Berlin, 28. September.

Nichtamtliche Rauhfutter-Notierungen:
Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 20—22.
Haferstroh drahtgepreßt 24—27, Stroh seilgebündelt 16—18.
Langstroh seilgebündelt 19—21,
Wiesenheu, gut, gesund und trocken, 68—76, gut, gesund und trocken (Nachmahd) 65—68, gesund und trocken, 53—58, Kleeheu 81—85, alles ab Stationen.

Produktenbericht. Berlin, 28. September. Die Steigerung und die heftige Schwankung der Devisenkurse machten sich auch am heutigen Produktenmarkte bemerkbar, indem die Tendenz dementsprechend auf- und niederschwankte. Weizen infolge verstärkter Kaufneigung der Mühlen etwas über gestern bezahlt. Roggenpreise, die gestern bis 185 nachgegeben hatten, zogen mäßig an. Sommergerste, in guten Sorten, außerordentlich knapp angeboten, sodaß Bedarf auf Wintergerste zurückgreift. Hafer verschiedentlich in Kaufangebungen zu 194 frei Berlin gelandet. Für Waggonware Offerten außerordentlich knapp. Weizenmehl ruhig. Roggenmehl bei etwas anziehenden Preisen befestigt. In Mais Abschlüsse wegen Devisenschwankungen sehr gering. Oel- und Hülsenfrüchte, sowie Futtermittel behauptet. Rauhfuttermittel unverändert.

Berliner Metallnotierungen.

Berlin, 28. Sept. Preise für 100 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 99—99,3 %	3075/3125	Zinn (Banca-Straits-Australi	7800/8000
Orig.-Hütt.-Weichblei	1125/1175	Hüttenzinnmind. 99 %	7500/7600
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	1150/1200	Reinnickel (98-99 %)	6400/6600
Remelted-Platten-Zink	1221	Antimon (Regulus)	1300/1350
Orig.-Hütten-Alumin. 98-99 % (in gekerbten Blöcken)	4700/4800	Silber in Barren, ca 900 fein für 1 kg	2725/2775
Orig.-Hütten-Alumin. in Walzdraht od. Drahtbarren	4900/5000	Elektrolytkupfer p. 100 kg	3600
		Original-Hütten-Rohzink ab oberschl. Hütte	—
		Preis des Zinkhüttenverbandes	—

Devisen-Notierungen

Berlin, 28. Sept.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rottd.	4070,90	4079,10	Paris	896,10	899,90
Brüss.-Antwerp.	891,60	893,40	Schweiz	2182,90	2187,30
Christiania	1598,40	1601,60	Spanien	1633,35	1636,65
Kopenhagen	2267,70	2272,30	Wien (altes)	—,—	—,—
Stockholm	2902,05	2907,95	Oesterr. abgest.	7,88	7,92
Helsingfors	185,85	186,20	Prag	128,35	128,65
Italien	516,95	518,05	Budapest	17,98	18,02
London	473,—	473,—	Poln. Mark	1,82½	
New-York	126,87	127,13			

Leipziger Notierungen

Leipzig, den 28 Sept.

Chemnitzer Bankverein	—,—	Leipziger Malzfabrik	350,—
Leipziger Hypotheken-Bank	173,—	Mansfelder Kuxe	9975,—
Mitteldeutsche Privatbank	—,—	Oelsnitzer Kuxe	1450,—
Cröllwitzer Papierf.	785,—	Pittler, Leipzig	950,—
Glauziger Zuckerfbr.	—,—	Prehlitzer Stamm-A.	—,—
Gr. Leipziger Straßenbahn	5,50	„ Prioritäts-Akt.	—,—
Hallesche Zuckerraff.	850,—	Riebeckbier	561,—
Portland-Cement	—,—	do. Vorzugsaktien	—,—
Hugo Schneider, Paunsdorf	660,—	Rositzer Zuckerfabr.	810,—
Körbisdorfer Zukerf.	—,—	Rudelsburger Zementfabrik	600,—
Leipziger Kammgarnspinnerei	1400,—	Sachsenwerk	575,—
		Sondermann & Stier	600,—
		Stöhr & Co.	1785,—
		Zimmermann, Halle	480,—
		Zimmermann, Chemnitz	—,—

Hauptschriftleiter Heinrich Bötticher.
Verantwortlich für Politik: Heinrich Bötticher; für politische Nachrichten: Ernst Messerschmidt; für Volkswirtschaft, Handel und Verkehr: Hans Heilinger; für den lokalen Teil und Kommunalpolitik: Erich Gellhorn; für Kunst, Wissenschaft und Unterhaltung i. V.: Walther Heberer. — Für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109291-17/fragment/page=0004